



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahl- verfahren (HErüber)

Regionalstudie Grenzregion Niederbayern (D) / Oberösterreich (AU)

Vorhaben: FKZ 4719FO0101

AUFTRAGNEHMER:IN

Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

UNTERAUFTRAGNEHMER:IN

Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Dr. Melanie Mbah, Dr. Veronika Ustohalova, Ryan Kelly, Silvia Schütte



Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber)

Regionalstudie Grenzregion Niederbayern (D) /
Oberösterreich (AU)

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-025/24

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2024032042301

Berlin, April 2023

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
Unabhängiges Institut für Umweltfragen UfU e.V., Berlin

Unterauftragnehmer:in
Öko-Institut e.V. Institut für angewandte Ökologie, Freiburg

Dr. Melanie Mbah, Dr. Veronika Ustohalova, Ryan Kelly,
Silvia Schütte

030 184321-0
www.base.bund.de

Stand: April 2023

Projekt: Herausforderungen und Erfolgsfaktoren
bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung
im Standortauswahlverfahren (HErüber)

Förderkennzeichen: 4719F00101

Arbeitspaket 5: Bedarfe vor Ort

Autor*innen: Dr. Melanie Mbah, Dr. Veronika Ustohalova, Ryan
Kelly, Silvia Schütte

Regionalstudie Grenzregion Niederbayern (D) / Oberösterreich (AU)

Impressum

Öko-Institut e. V.
Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg
info@oeko.de
www.oeko.de
T +49 (0)761 45295-0
F. +49 (0)761 45295-288
Twitter twitter.com/oekoinstitut

Im Unterauftrag von:
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
T +49 (0)30 42 84 99 3-0
F +49 (0)30 42 84 99 3-59
info@ufu.de
www.ufu.de
twitter.com/UfUberlin

Autor*innen:

Dr. Melanie Mbah, Dr. Veronika Ustohalova, Ryan Kelly, Silvia Schütte

Erstelldatum 28.10.2022

Dieses Vorhaben wurde durch Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert und durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) betreut (FKZ 4719F00101). Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung der Auftraggeberin übereinstimmen.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen	1
3. Die Region R7	2
3.1 Portrait der Region	4
3.1.1 Starke Anti-Atom-Politik	5
3.1.2 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	6
3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse	7
3.3 Für eine grenzüberschreitende Beteiligung relevante regionale und überregionale Akteur*innen ...	8
3.3.1 Politische Akteure und Verwaltung	9
3.3.2 Zivilgesellschaft: Vereine und NGOs, (ad-hoc) (Bürger-)Initiativen	10
4. Erfahrungen und Prägungen in der Region R7	12
4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen	12
4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen	12
5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	13
5.1 Erwartungen und Wünsche an den Prozess	13
5.1.1 Information und Transparenz – frühzeitig und breit in den Austausch treten	13
5.1.2 Beteiligung – wer und wie?	14
5.1.3 Zeitliche und finanzielle Ressourcen, geeignetes Personal	15
5.2 Erwartungen an/Erfahrungen mit Ansätzen und Formaten	15
5.2.1 Anforderungen an Information und Kommunikation sowie deren Ausgestaltung	15
5.2.2 Anforderungen an formelle Beteiligungsformen und deren Ausgestaltung	18
5.3 Erwartungen/Bedenken hinsichtlich der Wirkungen	19
6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren	21
6.1 Dimension: Kontext	21
6.2 Dimension: Prozess	21
6.3 Dimension: Ansatz und Formate	22
6.4 Dimension: Wirkungen	22
8. Fazit	24
9. Literaturverzeichnis	25

Abkürzungsverzeichnis

BGE	Bundesgesellschaft für Endlagerung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Interreg	Europäische territoriale Zusammenarbeit
NEC	Nuclear Energy Conference
NGO	Non Profit Organisation
OÖ	Oberösterreich
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsverband
ÖNA	Österreichisches Netzwerk Atomkraftfrei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PLAGE	Plattform gegen Atomgefahren
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WAW	Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Ausgewählte Akteursgruppen und Zuordnung der Interviewpartner*innen
Tabelle 2	Anzahl identifizierter Artikel in den österreichischen Medien (ohne Duplikate)
Abbildung 1	Lokalisierung der Untersuchungsregion Grenzgebiet Deutschland/Österreich: Bayern angrenzend an Österreich (Bezirk Scharding)

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojektes Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HErüber) werden fünf grenznahe Regionen hinsichtlich deren Vorerfahrungen und Prägungen bezüglich kerntechnischer Anlagen und (grenzüberschreitende) Beteiligung sowie Wünsche und Erwartungen an die grenzüberschreitende Beteiligung der Öffentlichkeit im deutschen Standortauswahlverfahren untersucht. Hieraus werden Herausforderungen identifiziert und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Beteiligung abgeleitet. Diese Regionalstudie widmet sich der Grenzregion zwischen Deutschland und Österreich, genauer der Region um Passau und Oberösterreich.

2. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Die Regionalstudie baut auf einer kursorischen Medienresonanzanalyse auf (siehe Rahmenkapitel „Methodik der Regionalstudien und Ergebnisse der Medienresonanzanalyse“), vornehmlich zur Identifikation spezifischer Diskursstränge und von Akteuren oder Akteursgruppen, die im Kontext kerntechnischer Anlagen eine Rolle spielen. Die kursorische Medienresonanzanalyse wurde mittels Desk Research ergänzt. Zusätzlich wurden in Summe fünf Gespräche mit Interviewpartner*innen aus Österreich geführt. Hierbei wurden aus den in Tabelle 1 genannten Akteursgruppen einzelne Interviewpartner*innen – soweit möglich – rekrutiert. Drei der Interviews wurden vor Ort in Österreich geführt, zwei via Teams. Alle Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet und transkribiert. Die Transkripte wurden in Form einer MAXQDA-gestützten qualitativen Inhaltsanalyse analysiert (vgl. Mayring 2015; Rädiker und Kuckartz 2019). Hierfür wurden zunächst deduktiv Kategorien basierend auf dem Leitfaden gebildet und danach induktiv auf Basis der Interviewaussagen weitere Subkategorien gebildet.

Tabelle 1: Ausgewählte Akteursgruppen und Zuordnung der Interviewpartner*innen

Kategorien	Anzahl	Akteur	regionale Verortung	Interview-ID
Politik	0	Öffentlich zu Endlagerfragen stellungnehmende Bezirksparteipolitiker aus dem oberösterreichischen Bezirk Schärding (v. A. SPÖ und ÖVP)	lokal	-
Verwaltung	2	Vertreter*innen aus der Verwaltung lokaler Gebietseinheiten oder regionaler/überregionaler Einheiten	Linz/überregional	ID1, ID4

Bürger*innen und sonstige Interessenvertreter*innen	2	Zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus den Gemeinden (z. B. Bürgerinitiativen, Umweltverbände o. ä.)	Wien/überregional Linz/überregional	ID2, ID5
Expert*innen	1	Einzelakteure mit Expertise bezüglich Nuklearpolitik oder grenzüberschreitender Zusammenarbeit	Wien/überregional	ID3

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

3. Die Region R7

Die Region R7 umfasst die Bezirke Braunau am Inn, Ried im Innkreis und Schärding in Österreich (Oberösterreich) sowie ein Teil des Regierungsbezirks Niederbayern mit der Stadt Passau auf der deutschen Seite (siehe Abbildung 1). Im Landkreis Passau leben auf einer Fläche von 1.530 km² fast 200.000 Einwohner¹, in den Bezirken Braunau am Inn, Ried im Innkreis und Schärding (in Österreich unter dem Namen „Innviertel“ geläufig) leben auf einer Fläche von ungefähr 2.250 km² rund 220.000 Einwohner². Die Region weist weder einen kerntechnischen Standortbezug auf, noch ist es eine strukturschwache Region. Vielmehr ist der Raum Passau als wirtschaftlich prosperierend zu bezeichnen. Die wirtschaftliche Stärke stützt sich insbesondere auf die hohe Anzahl an ansässigen klein- und mittelständischen Betrieben in der Universitätsstadt Passau, welche durch das Vorhandensein eines guten Bildungsangebots, qualifizierter Fachkräfte sowie einer gut ausgebauten Infrastruktur angezogen werden³. Die Wirtschaft im Bezirk Braunau am Inn wird durch Industrie und Gewerbe dominiert. Die ganze Region, insbesondere Passau und Schärding, ist bekannt durch ihre touristische Attraktivität. Politisch ist die Region eher konservativ geprägt. Die stärksten Parteien des Innviertels sind die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Die Grünen – die grüne Alternative ist die vierstärkste Partei. Die stärkste politische Partei in Passau ist die CSU gefolgt von den Freien Wählern und der SPD, die Grünen und die AfD sind viertstärkste Kraft⁴.

Insgesamt ist die Region R7 durch eine eher negative Einstellung gegenüber kerntechnischen Anlagen sowie von Protestbewegungen geprägt (vgl. Konrad und Espluga 2018). Proteste gegen kerntechnische Anlagen, wie bspw. die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, gibt es bereits seit den 1980er Jahren⁵.

¹ <https://www.landkreis-passau.de/landkreis-verwaltung-politik/landkreis-kurzinfo/daten-zahlen/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

² <https://www.innviertel.at/>, zuletzt aufgerufen am 18.10.2022

³ Dies umfasst beispielsweise Industriebetriebe im Bereich der Mobilität, siehe hierzu <https://wirtschaftsregion-passau.de/> und <https://www.passau.de/Wirtschaft-Bildung/Schulen/BildungsportalPassau.aspx>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022.

⁴ <https://www.landkreis-passau.de/media/5559/02-2-amtsblatt-kreitag-bek-endgueltiges-ergebniss-31-03-2020.pdf>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

⁵ https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wiederaufbereitungsanlage_Wackersdorf#Beteiligte_am_Widerstand, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

Im Jahr 2017 verabschiedete der Landrat eine Resolution gegen ein Endlager in Niederbayern⁶. Diese Resolution wurde unterstützt beispielsweise durch die Bürgermeister der Gemeinde Saldenburg, Max König (SPD), und der Gemeinde Thurmansbang, Martin Behringer (Freie Wähler). Martin Behringer gründete im Jahr 1996 die „Bürgerinitiative gegen ein Atommüllendlager im Saldenburger Granit“, die weiterhin sehr aktiv ist und das Standortauswahlverfahren kritisch begleitet⁷. Bürgermeister Martin Behringer ist nicht nur in der Region politisch gut vernetzt⁸, sondern engagiert sich auch auf Bundesebene, indem er an den Terminen der Fachkonferenz Teilgebiete aktiv teilnahm und in der Arbeitsgruppe-Vorbereitung (AG-V) mitwirkte. Weitere Akteure aus der Region sind beispielsweise die Landräte von Passau, Raimund Kneidinger (CSU), oder von Freyung-Grafenau, Sebastian Gruber (CSU), oder auch die Bürgermeisterin von Hauzenberg, Gudrun Donaubauer⁹. Hinsichtlich des Themas „Beteiligung“ gibt es im Landkreis Passau Erfahrung bezüglich verschiedenster Themenstellungen, z. B. zum integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Passau, zur Lärmaktionsplanung und zur Nachhaltigkeitsstrategie Passau.

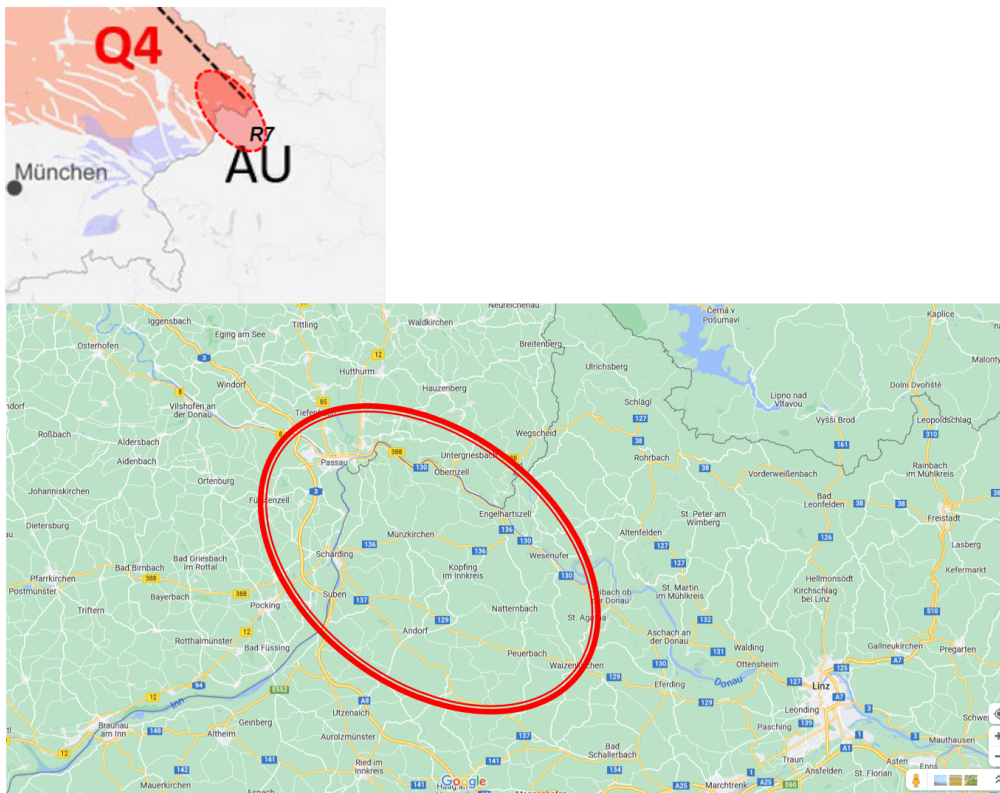


Abbildung 1: Lokalisierung der Untersuchungsregion Grenzgebiet Deutschland/Österreich: Bayern angrenzend an Österreich (Bezirk Schärding)

Quelle: Kartenausschnitte aus <https://www.bge.de/de/endlagersuche/zwischenbericht-teilgebiete/> und google maps, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022.

⁶ <https://www.rottal-inn.de/meta/pressemitteilungen/presse-detail/entscheidung-fuer-ein-endlager-im-bayerischen-wald-waere-ein-grundsatzlicher-fehler/>

⁷ <https://www.idowa.de/inhalt/saldenburg-niederbayern-kaempfen-gegen-atomares-endlager.d898d423-afe6-460a-9bf0-2e40a05853d9.html>

⁸ Siehe bspw. den Bericht über den Besuch der niederbayrischen SPD-Abgeordneten Rita Hagl-Kehl und Florian Pronold (https://atomendlagersaldenburg.chayns.net/ticker_zuletzt_aufgerufen_am_25.10.2022).

⁹ Siehe https://atomendlagersaldenburg.chayns.net/ticker_zuletzt_aufgerufen_am_18.10.2022.

3.1 Portrait der Region

Die Bezirke Braunau am Inn, Ried im Innkreis und Schärding gehören zum Innviertel bzw. Innkreis in Oberösterreich. Der Begriff Innviertel ist eine alte Bezeichnung der Verwaltungseinheit, wird aber bis jetzt für die Bezeichnung der Region benutzt, auch die aus der Region stammenden Interviewpartner*innen sprachen grundsätzlich über das Innviertel und haben die Verbindung mit dem benachbarten Mühlviertel (nördlich der Donau) betont [vgl. ID4]. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren die Bezirke ein Teil von Bayern. Der demographische Wandel ist in der Region Innviertel bzw. Oberösterreich stark ausgeprägt, so liegt der Anteil der über 65-Jährigen bei 17% der Gesamtbevölkerung, das Durchschnittsalter liegt zwischen 42 und 44 Jahren¹⁰ (Land Oberösterreich 2011). Bis heute ist die Region durch eine enge kulturelle, sprachliche wie auch wirtschaftliche Verbindung mit dem deutschen Nachbarn gekennzeichnet, dies zeigt sich beispielsweise auch im stark ausgeprägten Grenzverkehr [ID4]. Zudem berichten einige Interviewpartner*innen von einer Akzentuierung bzw. Demonstration der politischen Eigenständigkeit einiger politischer Akteure des Innviertels gegenüber Oberösterreich¹¹. Aufgrund seiner räumlich-geographischen Verortung angrenzend an Deutschland und der damit einhergehenden Entfernung vom politischen und wirtschaftlichen Zentrum Österreichs (Wien) ist einerseits die Orientierung in Richtung Deutschland stark ausgeprägt, andererseits die Integration innerhalb von Österreich geringer ausgeprägt als in zentrumsnäheren Regionen Österreichs. Letzteres zeigt sich beispielsweise im Ausbau von Straßenverbindungen zu anderen Bezirken, so ist bspw. die Verkehrsanbindung an das naheliegende Salzburg bis heute eingeschränkt¹². Die Region Innviertel ist im Wesentlichen land- und forstwirtschaftlich geprägt und der Naturraum wird als hohes Schutzgut geschätzt. Damit geht auch die große Bedeutung von Grundwasser- und Gewässerschutz einher [vgl. ID2].

Die größte Stadt ist Braunau am Inn gefolgt von Ried im Innkreis. Die Städte des Innviertels, insbesondere die Stadt Schärding sowie die Naturräume sind als attraktive touristische Ziele bekannt¹³. Die wirtschaftlich bedeutendste Stadt im Innviertel ist Braunau, welche stärker mit dem Salzburger Ballungsraum aufgrund der besseren verkehrstechnischen Erreichbarkeit vernetzt ist¹⁴ [vgl. ID4]. Das nächste wirtschaftliche und industrielle Zentrum ist die Landeshauptstadt Oberösterreichs, Linz¹⁵, welche aber verkehrstechnisch schwieriger erreichbar ist und daher für die Region des Innviertels wirtschaftlich weniger bedeutend¹⁶: „Die Autobahn hat es zwar leichter gemacht, aber nach Linz braucht es immer noch mehr als eineinhalb Stunden.“ [ID4]. Die Stadt Schärding ist eher in Richtung Passau orientiert [vgl. ID4]. Ein wichtiger Wirtschaftszweig in der Region ist das Brauereiwesen, ein historisches Erbe aus der Zeit, als das Innviertel noch Teil von Bayern war¹⁷ [vgl. ID4].

¹⁰ https://www.statistik.at/atlas/?mapid=topo_regionale_gliederung_oesterreich, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022

¹¹ Siehe <https://de.atozwiki.com/Innviertel>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹² <https://de.atozwiki.com/Innviertel>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹³ <https://www.innviertel-tourismus.at/oesterreich-stadt-ort/detail/430001109/ort-im-innkreis.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022;

<https://www.oberoesterreich.at/oesterreich-stadt-ort/detail/430001114/ried-im-innkreis.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁴ https://www.meinbezirk.at/braunau/c-lokales/eine-urkunde-fuer-braunau_a4919635, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022;

<https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/Immer-mehr-Immobilien-Kaeufer-aus-dem-Salzbürger-Grenzraum-in-Braunau;art70,3010463>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022.

¹⁵ <https://www.linzwiki.at/wiki/Linz/#Wirtschaft>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁶ https://www.linzwiki.at/wiki/Linz/#Verkehr_und_Transport, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

¹⁷ <https://www.bierregion.at/de/600/600-jahre-innviertler-braugeschichte.html>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

3.1.1 Starke Anti-Atom-Politik

Die kritische Einstellung gegenüber der Atomkraft sowie die starke Umweltbewegung hat generell eine lange Tradition in Österreich und wird von der Bevölkerung in allen Bundesländern aktiv mitgetragen¹⁸ (Forstner 2020; Meyer 2018). Bereits im Jahr 1978 wurde mit einem Referendum die Inbetriebnahme des Kernreaktors in Zwentendorf verhindert und damit Österreichs Nuklearprogramm beendet¹⁹ [ID3]. Zwanzig Jahre später hat Österreich durch Erlass einer Verordnung die Nutzung und den Bau kerntechnischer Anlagen untersagt (vgl. Forstner 2020). Heute gibt es nur einen Forschungsreaktor in Wien. Daher produziert Österreich nur geringe Mengen nuklearer Abfälle und ist Befürworter eines multinationalen Endlagers (vgl. Forstner 2020; Sperfeld et al. 2021; Rueß). Diese kernkraftkritische Haltung ist gesamtgesellschaftlich verankert und wird neben der Bevölkerung sowohl von der Politik als auch von den Behörden vertreten²⁰. Jedoch scheint sich eine gewisse Trendwende in der jüngeren Generation abzuzeichnen, wie bspw. eine von der Initiative „atomstopp-oberösterreich“²¹ vor drei Jahren durchgeführte Umfrage zeigt: 79 Prozent der Österreicher Atomkraftgegner sind zwischen 50 und 70 Jahre alt, dahingegen haben sich 33 Prozent der männlichen Bevölkerung zwischen 20 und 30 Jahren für die zivile Nutzung der Kernkraft ausgesprochen²².

Daneben existiert seit fast zwanzig Jahren eine kontroverse Diskussion um die Standortsuche für das tschechische Endlager für hochradioaktive Abfälle, in welche die österreichischen bzw. insbesondere die ober- und niederösterreichischen Initiativen und NGOs stark eingebunden sind. Die Interviewpartner*innen gehen davon aus, dass sich diese Akteure auch im Zusammenhang mit der deutschen Endlagersuche in der Region des Innviertels engagieren werden, der Fokus werde aber voraussichtlich weiterhin auf das tschechische Endlagerverfahren gerichtet sein [vgl. ID1, ID2, ID3, ID5].

In Oberösterreich hat die kernkraftkritische Haltung auch politisch einen besonders hohen Stellenwert. Das Land Oberösterreich (Land OÖ) hat einen sogenannten Anti-Atomplan²³ zur strategischen Umsetzung der Antiatom-Initiative verabschiedet, welcher für eine Periode von jeweils fünf Jahren aktualisiert wird. Hierin wird u. a. das Ziel formuliert, sich für Aktivitäten „gegen grenznahe Standorte von Atommüll-Endlagern (Deutschland, Tschechien)“ einzusetzen (Land Oberösterreich 2022, S. 4). Der Ursprung des Planes liegt im Widerstand gegen den Ausbau des tschechischen Kernkraftwerkes Temelín, welcher auf alle grenznahen Kernkraftwerke, die Endlagerthematik sowie den Einsatz für einen europäischen Atomausstieg erweitert wurde²⁴ [vgl. auch ID1, ID2, ID4, ID5]. Zur Umsetzung der Antiatom-Initiative wurde ein Antiatombeauftragter eingesetzt, dessen inhaltlicher Fokus auf kerntechnischen Anlagen insbesondere in Grenznähe zu Österreich liegt²⁵. Zudem ist das Land Oberösterreich Gründungsmitglied der europäischen Initiative „Allianz der

¹⁸ <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/timelines/atomkraftwerk-zwentendorf/>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022

¹⁹ <https://www.enu.at/atomkraft-in-oesterreich-einleitung>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022 ;

<https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/timelines/atomkraftwerk-zwentendorf/>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022 ;

<https://www.wien.gv.at/presse/2022/04/23/7-wiener-antiatom-gipfel-czernohorsky-oesterreich-muss-aktivitaeten-auf-eu-ebene-verstaerken>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022

²⁰ <https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentum/article/download/1729/1393>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022;

<https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentum/article/download/1729/1393>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022.

²¹ <https://atomstopp-ooe.at/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²² <https://www.noen.at/in-ausland/umfrage-ein-drittel-der-jungen-oesterreicher-fuer-atomenergie-atomkraft-atompolitik-klimawandel-oberoesterreich-umfrage-oesterreich-202475066>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²³ Letzte Aktualisierung für die Zeitperiode 2021 – 2025: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_US/Antiatom-Plan_des_Landes_OOE_Gesamt.pdf, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁴ <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/172204.htm>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁵ <https://www.atomfreie.eu/>, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022

Regionen für einen europaweiten Atomausstieg²⁶, die sich im Jahr 2016 formierte und seitdem weitere Mitglieder (sowohl Regionen als auch Einzelpersonen)²⁷ hinzugewinnen konnte. Ziel dieser Initiative ist es, über jährliche Konferenzen ein Diskussionsforum zu eröffnen, um dann koordinierte Aktivitäten zu entfalten und beispielsweise gemeinsame Erklärungen abzugeben.

Die Verbindung zur bayerischen Grenzregion zeigt sich in gemeinsamen Aktivitäten, bspw. über den Bund Naturschutz in Passau²⁸ [ID2]. Die Bevölkerung in der Region um Passau war und ist teilweise aktiv im Widerstand gegen die in den 1990er Jahren verkündete Option der Einlagerung radioaktiver Abfälle im Saldenburger Granit²⁹. Einige der Interviewpartner*innen erwähnten in diesem Zusammenhang auch die massiven Proteste gegen die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAW) in Wackersdorf im bayerischen Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz in den 1980er Jahren³⁰ [vgl. ID2, ID3, ID4]. Nach Einschätzung einiger Interviewpartner*innen kann die hohe wirtschaftliche Bedeutung der ökologisch geprägten Landwirtschaft im Innviertel als ein Grund für die besondere Bedeutungszuschreibung der Unversehrtheit des Natur- und Kulturrums angenommen werden. Die Diskussion und die Sorgen im Zusammenhang mit Kernkraft und der Entsorgung hochradioaktiver Abfälle fokussiert auf die potenzielle Beeinträchtigung des Naturraumes mit den Schutzgütern Wasser und Boden. Hier wird auch Bezug genommen auf nukleare Risiken und Unfälle, wie beispielsweise in Tschernobyl. Hieraus speist sich von regionalen Initiativen aber auch von einigen politischen Vertreter*innen Oberösterreichs das Ziel, „solche Risiken zu minimieren oder eher ganz zu vermeiden. Manche interessieren sich nicht für die Risikominimierung. Sie wollen, dass gar keine Risiken eingegangen werden“ [ID1]. Das belegt auch die Neuauflage der Anti-Atom-Offensive, welche die Vertreter*innen der vier oberösterreichischen Landtagsparteien im März 2021 präsentierten³¹. Ein*e Interviewpartner*in hat ergänzend darauf hingewiesen, dass in der Region verschiedene „Umweltschutzorganisationen sowie lokale Grüngruppen“³² tätig sind [ID2].

3.1.2 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist neben der historisch bedingten Vernetzung zwischen der Region Passau und dem Innviertel zudem das Interreg-Programm Bayern-Österreich von Bedeutung, so die Einschätzung eine*r Interviewpartner*in [ID3]. Interreg, die Europäische territoriale Zusammenarbeit, ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union (EU) und umfasst vier Aktionsbereiche (A-D) für die Förderprogramme initiiert werden. Der Aktionsbereich A widmet sich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Grenzregionen; allein 49 der insgesamt 73 Förderprogramme sind hier zugeordnet.

²⁶ <https://www.nuclearfree.eu/gruendung-der-allianz-der-regionen-fuer-einen-europaweiten-atomausstieg/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

²⁷ <https://www.nuclearfree.eu/about-us/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

²⁸ <https://passau.bund-naturschutz.de/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

²⁹ <https://atomendlagersaldenburg.chayns.net/#Willkommen--bei--der--B%C3%BCrgerinitiative--gegen--ein--Atom%C3%BCllendlager--im--Saldenburger--Granit>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

³⁰ Siehe https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Wiederaufbereitungsanlage_Wackersdorf#Beteiligte_am_Widerstand, zuletzt aufgerufen am 24.10.2022.

³¹ https://www.meinbezirk.at/ennc/c-politik/anti-atom-plan-neu-aufgelegt_a4530767, zuletzt aufgerufen 25.10.2022;

<https://www.krone.at/2599851>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

³² Als Grüngruppen werden in Österreich Zusammenschlüsse in Parteien, Bürgerinitiativen oder Vereine bezeichnet, die sich mit Nachhaltigkeitsthemen befassen.

Hierbei geht es insbesondere um die Förderung einer „integrierten und harmonischen Regionalentwicklung“³³.

Für die grenzüberschreitende Beteiligung im Zusammenhang mit Planungen von relevanten Infrastrukturvorhaben in Grenznähe ist das bilaterale Informationsabkommen mit Österreichs Nachbarstaaten zum Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der nuklearen Sicherheit von Bedeutung. Das Abkommen mit Deutschland³⁴ legt u. a. im Artikel 2 fest, dass „die beiden Vertragsparteien [einander] [...] über ihre Kernreaktoren sowie über ihre Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle [informieren]“.

Im Weiteren listet das Dokument auf, welche Angaben die Informationen, über die sich im Betrieb befindenden oder geplanten Anlagen für Endlagerung radioaktiver Abfälle beinhalten sollen. Diese Informationen sind an die österreichische Regierung zu richten, welche für die Organisation und Umsetzung der Beteiligung österreichischer Akteure zum deutschen Standortauswahlverfahren verantwortlich ist (siehe auch AP 2-Zwischenbericht).

3.2 Ergebnisse der Medienresonanzanalyse

Tabelle 2: Anzahl identifizierter Artikel in den österreichischen Medien (ohne Duplikate)

Relevante Artikel insgesamt	Zum deutschen Endlager	Zu anderen Endlager-Vorhaben	Zu anderen Vorhaben mit grenzüberschreitendem Bezug	Mit explizitem Bezug zur ausgewählten Region
394 (232)	147 (74)	75 (48)	177 (110)	34 (10)

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Sammlung von Medienberichten und -meldungen mit Hilfe von Meltwater.

Die kursorische Medienresonanzanalyse (siehe Rahmenkapitel) für das Land Österreich brachte insgesamt 232 relevante Artikel hervor, von denen 74 die deutsche Endlagersuche thematisieren. Insgesamt 10 der 74 relevanten Artikel weisen einen expliziten Bezug zur ausgewählten Region R7 (Innviertel/Oberösterreich) auf: Sechs beziehen sich auf die Region Passau und vier auf die Region Braunau. Von den 110 Artikeln, welche sich mit anderen Vorhaben befassen, tangieren rund zwei Drittel die Problematik des Kernkraftwerksausbaus in Slowenien, Ungarn oder Tschechien. Die Artikel zu den Themenbereichen der Endlagerung oder anderer grenzüberschreitender Vorhaben im kerntechnischen Bereich spiegeln die weit verbreitete kritische Einstellung der oberösterreichischen Öffentlichkeit gegenüber Kernkraft und Entsorgungsfrage wider.

Die meisten der 74 Artikel zur deutschen Endlagersuche thematisieren allgemeine Informationen zu der geplanten Standortauswahl für ein deutsches Endlager oder befassen sich mit der Frage der grenznahen Entsorgung radioaktiver Abfälle und der Kritik an weiteren Investitionen in die Atomenergie. Weiterhin nehmen sie Bezug auf die öffentlichen Diskussionen zum Bergwerk Gorleben. Zudem werden auch die

³³ Siehe https://www.interreg.de/INTERREG2021/DE/Foerderung/WasIstInterreg/was-ist-interreg_node.html?sessionid=D2393023F398423EC494481FC3000032.live11293 und <https://www.interreg-bayaut.net/programm>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

³⁴ https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:3b5cc104-c0dd-4c2a-a682-817795690753/Bilat_Nuklearabkommen_AT_DE.pdf, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

Bemühungen einzelner Bundesländer wie Bayern und Sachsen, den Bau eines Endlagers auf ihrem Gebiet abzuwehren, in der (lokalen) österreichischen Medienberichterstattung aufgegriffen.

Aus der Medienresonanzanalyse gehen insbesondere politische Vertreter*innen aus Oberösterreich hervor, die sich direkt zum Standortauswahlverfahren bzw. der Endlagersuche in Deutschland geäußert haben und sich in dem Zusammenhang deutlich (z. B. über regionale Resolutionen oder Petitionen) gegen ein Endlager in Grenznähe oder konkret in Bayern aussprechen. Die lokalen Vertreter*innen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) des Innviertels sind mit den ersten Ergebnissen der deutschen Endlagersuche bereits vertraut und setzen sich gegen ein Endlager im Landkreis Passau ein. Auch die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) im Bezirk Braunau hat sich explizit gegen ein potenzielles grenznahe Endlager in der Region ausgesprochen: „Stoppen wir diese Gefahrenquelle vor unserer Grenze bereits im Vorfeld“, meint der Landtagsabgeordnete und Lengauer Bürgermeister Erich Rippl. Auch die SPÖ-Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer hat dem Innviertel bereits ihre Unterstützung gegen ein Endlager in Grenznähe zugesichert.“³⁵.

Insgesamt verdeutlicht die Medienresonanzanalyse zu Österreich die kritische Haltung gegenüber Kernkraft- und Endlagerthemen. Dies umfasst auch das eigene Verfahren zur Suche nach einem SMA-Lager für die österreichischen schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus Forschung, Medizin und Industrie. Hier gibt es bereits einige Protestbewegungen, wie z. B. die Resolution „Nein zum Atommüllendlager im Waldviertel“ der Gemeinde Waidhofen³⁶. Auch die vielen Kooperationen zwischen Politik bzw. Verwaltung (v. a. SPÖ & ÖVP bzw. die oberösterreichischen Bezirksämter) und kernkraftkritischen NGOs (z. B. den Müttern gegen Atomgefahr³⁷ oder dem Anti Atom Komitee³⁸) bspw. auf der jährlichen oberösterreichischen kernkraftkritischen Nuclear Energy Conference (NEC 2021³⁹) geben Hinweise auf die kritische Grundhaltung in Oberösterreich. Zudem werden in den Medien auch die Petition der EU-Abgeordneten Angelika Winzig aus OÖ, die sich vehement gegen ein grenznahe tschechisches Endlager ausspricht⁴⁰, und ebenfalls der einstimmig angenommene Nationalratsantrag („SPÖ-JETZT-Antrag“) gegen ein grenznahe Endlager und für die Festlegung eines „Schutzstreifens“ auf oberösterreichischer Seite⁴¹, aufgegriffen.

3.3 Für eine grenzüberschreitende Beteiligung relevante regionale und überregionale Akteur*innen

Aus der Medienresonanzanalyse haben sich erste Erkenntnisse zu relevanten Akteuren der grenzüberschreitenden Beteiligung in Bezug auf das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle ergeben, die mithilfe der fünf geführten Interviews weiter spezifiziert werden können. In den folgenden Unterkapiteln sind die relevanten Akteur*innen, deren Haltung gegenüber Kernkraft/Endlagerung sowie ggf. deren Kompetenzen oder Verantwortungsbereiche aufgeführt.

³⁵ <https://www.tips.at/nachrichten/braunau/wirtschaft-politik/517859-spo-e-mit-klarem-nein-zu-atommuell-endlager>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

³⁶ https://www.meinbezirk.at/waidhofenthaya/c-politik/nein-zur-atommuellagerung-im-waldviertel-vorbereitungen-laufen_a5133457, zuletzt aufgerufen 25.10.2022; <https://waidhofen.vpnoe.at/start/artikel/nein-zu-atommuell-im-waldviertel-141030/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

³⁷ <http://www.muettergegenatomgefahr.at/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

³⁸ <http://www.anti.atom.at/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

³⁹ <https://www.nec2021.eu/en/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁴⁰ <https://www.tips.at/nachrichten/urfahr-umgebung/wirtschaft-politik/463396-petition-gegen-atommuell-endlager>, zuletzt abgerufen am 25.10.2022

⁴¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190410_OTS0203/androsch-spo-e-setzt-regierung-unter-druck-im-kampf-gegen-atomenergie, zuletzt abgerufen am 25.10.2022

3.3.1 Politische Akteure und Verwaltung

3.3.1.1 Landesverwaltung, Bezirkshauptmann und Bürgermeister, Bürgermeistersprecher

Österreich als Bundesstaat und parlamentarische Demokratie ist in neun Bundesländer gegliedert, mit Landesregierungen, die für die Landesverwaltung zuständig sind. Untergeordnete Verwaltungsebenen sind die Bezirksverwaltungsbehörden, die sog. Bezirkshauptmannschaften und Städte mit eigenem Statut, sowie die unterste Verwaltungsebene mit den Gemeinden. Die Landesregierung benennt den Bezirkshauptmann. Die Gemeinden der Bezirke sind in dem Österreichischen Gemeindebund organisiert, welcher die kommunale Interessenvertretung auf Bundesebene ist. Jeder Bezirk besteht aus Gemeinden, welche jeweils ihre*n Bürgermeister*in und ihre Stadträte wählen. Die Gemeinden der Bezirke wählen ihre Bezirksvertretung – den Bürgermeistersprecher für den Bezirk – auf der sog. Bürgermeister- und Amtsleiterkonferenz⁴².

Das Bundesland Oberösterreich (Landeshauptstadt Linz) umfasst die Bezirke Braunau am Inn, Ried im Innkreis und Schärding, die sog. Bezirkshauptmannschaften, welche durch einen Bezirkshauptmann bzw. Bezirkshauptfrau und die Bürgermeister*innen der Gemeinden vertreten werden. Die Bürgermeister*innen und Vertreter*innen der politischen Parteien im Innviertel haben sich in der Vergangenheit in verschiedenen Zusammenhängen und bis heute kritisch zum deutschen Standortauswahlverfahren und gegen einen potenziellen Endlagerstandort nah an der österreichischen Grenze ausgesprochen⁴³ (siehe Kapitel 3.1.1).

Im Kontext der grenzüberschreitenden Aspekte der Endlagerstandortauswahl hat ein*e Interviewpartner*in das Netzwerk betroffener niederösterreichischer und tschechischer Bürgermeister*innen genannt [ID3_AU; Position: 34 – 34], welches sich gegen das zukünftige Endlager für hochradioaktive Abfälle in Tschechien engagiert. Ein ähnliches Engagement wäre zu erwarten im Falle der Benennung einer grenznahen Standortregion im deutschen Standortauswahlverfahren sein.

3.3.1.2 Entsorgungsbeirat, Antiatombeauftragter und Klimalandesrat des Landes Oberösterreich, Plattform Anti-Atomgipfel

Ein wichtiger Akteur der Verwaltung im Kontext der Entsorgung radioaktiver Abfälle ist der Österreichische Beirat für die Entsorgung radioaktiver Abfälle – Entsorgungsbeirat. Dieser bereitet die Entscheidungsgrundlagen und Empfehlungen zur sicheren Entsorgung der in Österreich anfallenden radioaktiven Abfälle vor⁴⁴. In dem Beirat sind u.a. Fachleute und Stakeholder vertreten, auch aus dem Ausland, so bspw. ein*e Fachexpert*in aus Deutschland.

Weiterhin ist die bereits in Kapitel 3.1.1 genannte Antiatom-Initiative des Landes Oberösterreich mit dem Amt des Antiatombeauftragten⁴⁵ ein wichtiger Akteur. Der Antiatombeauftragte genießt in der Region nach Aussagen der Interviewpartner*innen ein hohes Vertrauen [vgl. ID3, ID5, ID1]. Außerdem ist der oberösterreichische Klimalandesrat⁴⁶, welcher u. a. den Linzer Anti-Atom-Gipfel⁴⁷ leitet, als wichtiger Akteur

⁴² Siehe <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/%C3%96sterreich> und https://de.wikipedia.org/wiki/Verwaltungsgliederung_%C3%96sterreichs, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁴³ <https://www.tips.at/nachrichten/schaerding/wirtschaft-politik/519037-passau-moeglicher-standort-fuer-atommuell-endlager>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁴⁴ <https://www.entsorgungsbeirat.gv.at/themen/ueber-uns>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁴⁵ Siehe auch Quelle in Fußnote 21.

⁴⁶ <https://www.stefan-kaineder.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁴⁷ <https://www.stefan-kaineder.at/anti-atom-gipfel/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

in der Region zu nennen. Der Anti-Atom-Gipfel ist eine grenzüberschreitende Diskussionsplattform zwischen den verschiedenen kernkraftkritischen Akteuren und findet in unregelmäßigen Abständen sowohl auf der Bundesland- als auch auf der Landesebene statt. Der oberösterreichische Anti-Atom-Gipfel in Linz im Jahr 2020 hatte z. B. die Aufgabe, die zukünftige Anti-Atom-Arbeit des Landes zwischen allen Landtagsparteien und den NGOs aus Tschechien, Bayern und Oberösterreich zu koordinieren.

Die Erfahrungen während der Rekrutierung von Interviewpartner*innen zeigen, dass insbesondere kommunale politische Akteure derzeit eine eher vorsichtige bzw. verhaltene Beobachterrolle bezüglich des deutschen Standortauswahlverfahrens einnehmen. Zum Zeitpunkt der Anfrage standen beispielsweise Bürgermeister*innen nicht für ein Gespräch zur Verfügung. Dies steht im Widerspruch zu den Äußerungen in Medienberichten. Ein möglicher Grund für dieses konträre Verhalten könnte sein, dass die Angefragten aufgrund des Auftraggebers dieses Forschungsprojektes zögerten und das Vertrauen in die Verwertung wie auch in die Ziele des Forschungsauftrages nicht ausreichend gegeben war. Es zeigt aber in jedem Fall, wie hochpolitisiert das Thema gerade auch in Österreich ist und wie wichtig hier ein Vertrauensaufbau zu zentralen Akteuren ist.

3.3.2 Zivilgesellschaft: Vereine und NGOs, (ad-hoc) (Bürger-)Initiativen

Die Zivilgesellschaft spielt in Oberösterreich und dem Innviertel eine bedeutende Rolle, auch weil die Region eher kleinräumig strukturiert ist. Auf die Bedeutung kleinräumiger Organisation für das Ausbilden zivilgesellschaftlicher Aktivitäten weist nicht nur ein*e Interviewpartner*in hin, sondern ist den Forschungsnehmenden auch aus anderen Kontexten bekannt, z. B. aus dem Energiekosmos Kreis Steinburg in Schleswig-Holstein⁴⁸ [vgl. ID4].

Generell setze sich, „die Anti-Atom-Bewegung in Österreich [...] aus der Zivilgesellschaft, NGOs und der Kooperation auch mit Behördenvertreter*innen“ zusammen [ID2], welche miteinander kooperieren. Die aus der Region Innviertel stammenden Interviewpartner*innen haben insbesondere auf die Feuerwehrvereine und deren Feuerwehrhauptmänner bzw. Kommandant*innen⁴⁹ hingewiesen, welche ein großes Vertrauen von Seiten der Bürgerschaft genießen und als Multiplikator*innen von Bedeutung sein könnten [ID1, ID2, ID4]. Zudem wurde die Bedeutung des Naturschutzbundes⁵⁰ auf der Landesebene sowie der Bundesorganisation Naturfreunde und deren lokale Ortsgruppen⁵¹ (beide vom Land gefördert) betont: „Das sind große Organisationen, die auch die Infrastruktur haben, um eine Informationskampagne mobilisieren zu können.“ [ID2]

Österreich zeichnet sich generell durch eine starke Präsenz von kernkraftkritischen Initiativen aus, welche meistens auf der Bundes- oder Landesebene tätig sind und ihren Wirkungsgrad erweitern können. Die Region des Innviertels ist zurzeit weniger stark in entsprechenden Initiativen engagiert, es sei aber möglich, dass die Initiativen ihre Aktivitäten im Innviertel wieder stärken, oder auch, dass neue Initiativen entstehen könnten, so die Aussage eine*r Interviewpartner*in [ID5]⁵².

⁴⁸ Kopernikus-Projekt ENSURE (bisher unveröffentlichte Meilensteinberichte zum AP 1.3)

⁴⁹ https://ffbraunau.at/wordpress/?page_id=34, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵⁰ <https://naturschutzbund-ooe.at>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵¹ <https://ried-innkreis.naturfreunde.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵² Dazu ähnlich auch ID1 und ID2.

Ehemals habe es sehr starke gemeinsame soziale Bewegungen aus österreichischen, bayerischen und gesamtdeutschen Initiativen gegeben, diese Kontakte „gebe es altersbedingt aber nicht mehr“ und „die jungen Leute in diesem Bereich [sind] nicht so engagiert“, wahrscheinlich weil „in Österreich für die Jugend die Atomgeschichte schon erledigt ist“, mutmaßt ein*e Interviewpartner*in [ID1].

Zu den landesweit tätigen Umweltschutzorganisationen gehören GLOBAL 2000⁵³ oder die zurzeit auch in Tschechien aktive NGO Mütter gegen Atomgefahr⁵⁴. In Oberösterreich sind es das Anti-Atom-Komitee in Freistadt⁵⁵, atomstopp oberösterreich⁵⁶ und Atomkraftfrei Leben⁵⁷ in Linz, welche aus der überparteilichen Oberösterreichischen Plattform gegen Atomgefahren (bzw. PLAGE⁵⁸) entstanden ist⁵⁹. Diese gehören zu den sogenannten ÖNA-Organisationen – Österreichisches Netzwerk Atomkraftfrei⁶⁰.

Neben den lokalen, regionalen wie auch bundesweiten Aktivitäten von verschiedenen Initiativen und der Bedeutung von Vereinen ist zudem, nach Einschätzung der Interviewpartner*innen⁶¹, die Rolle der Landwirtschaft und deren vernetzte Akteure hervorzuheben. Eine in diesem Zusammenhang genannte Initiative ist beispielsweise der Verein „Initiative Lebensraum Innviertel“⁶², welcher von Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer, der Bezirkshauptmannschaften und dem österreichischen Gewerkschaftsverband (ÖGB) im Jahr 2003 gegründet wurde. Zentrale Aufgabe des Vereins ist die Stärkung des Lebensraums Innviertel. Daher besteht ein Interesse an allen Themen, die einen Einfluss auf die regionale Entwicklung – wie auch ein Endlagervorhaben in der Grenznähe – haben könnten.

Die Bereitschaft zur Gründung von (ad-hoc) Bürgerinitiativen ist in Österreich vor diesem Hintergrund als eher hoch einzustufen. Auch sei der Einfluss von international aktiven NGOs nicht zu vernachlässigen, welche mit den gemeinnützigen nationalen oder regionalen Umweltschutzorganisationen eng kooperieren. Hierzu zählen beispielsweise Friends of the Earth⁶³, Nuclear Transparency Watch⁶⁴ und Fridays for Future⁶⁵ [ID2, ID1, ID3]. Die Nuclear Transparency Watch wurde im Jahr 2013 gegründet und setzt sich für die nukleare Sicherheit und Transparenz ein. Eines der zentralen Themen des Netzwerkes ist auch die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die im Jahr 1971 gegründete NGO Friends of the Earth und die jüngst entstandene globale Klimastreik-Bewegung Fridays for Future definieren ihre Ziele allgemein im Sinne der globalen nachhaltigen Gesellschaft.

⁵³ <https://www.global2000.at/ueber-global-2000>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵⁴ <http://www.muettergegenatomgefahr.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵⁵ <http://www.anti.atom.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵⁶ <https://atomstopp-ooe.at/>, zuletzt aufgerufen am 25.10.2022

⁵⁷ <https://atomstopp.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁵⁸ <https://www.plage.at/informationen-ueber-die-plattform/vernetzt>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022. Hier werden zahlreiche Initiativen gelistet, die sich gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien engagieren.

⁵⁹ https://www.allbiz.at/ober%C3%B6sterreichische-%C3%BCberparteiliche_1T-0732-774973, zuletzt aufgerufen 25.10.2022 und

<https://atomstopp.at/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁶⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141114_OTS0072/oesterreichisches-netzwerk-atomkraftfrei-oena-unterstuetzt-schweizer-initiative-zur-weltweiten-nachruetzung-aller-atomreaktoren, zuletzt aufgerufen 25.10.2022 und <https://www.donauregion-atomkraftfrei.at/wp-content/uploads/2015/09/ITER.pdf>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁶¹ [ID1_AU; Position: 19 – 19, ID4_AU; Position: 47 – 47, ID5_AU; Position: 23 – 23]

⁶² <https://www.innviertel.at/ueber-uns>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁶³ <https://foe.org/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁶⁴ <https://www.nuclear-transparency-watch.eu/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

⁶⁵ <https://fridaysforfuture.org/>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

4. Erfahrungen und Prägungen in der Region R7

In den nachfolgenden Kapiteln werden vornehmlich auf Basis der Interviewaussagen die regionalen Erfahrungen und Prägungen diskutiert. Aufgrund des sehr kleinen Samples (fünf Interviews), erhebt dieses Kapitel keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität. Vielmehr sollen einige im Kontext kerntechnischer Anlagen genannten Aspekte beleuchtet werden, welche möglicherweise für die Region sehr relevant und prägend sind.

4.1 Vorprägung der Akteur*innen in Bezug auf kerntechnische Anlagen

Neben der österreichischen Geschichte rund um das Thema Kernkraftnutzung und Entsorgung radioaktiver Abfälle ist hier die Nähe zu Tschechien und Deutschland hervorzuheben. Die Aktivitäten in beiden Ländern in Bezug auf kerntechnische Anlagen werden kritisch beobachtet. Im Gegensatz zu dem starken österreichischen Engagement bezüglich der Aktivitäten in Tschechien, seien die kerntechnischen Anlagen bzw. die Aktivitäten in Deutschland derzeit weniger präsent in der Region Innviertel, so ein*e Interviewpartner*in:

„Momentan sehe ich da keine besondere Aufregung. Es ist eher so, dass die Aufregung durch deutsche Kernkraftwerke sehr viel geringer ist als etwa über Temelín. Das ist ein größeres Thema, es hängt aber auch ein bisschen damit zusammen, dass [...] die Vorbehalte größer als im Inn-Viertel [sind]. Da ist keine NGO so richtig sesshaft.“ [ID4]

Es gibt folglich regionale Unterschiede, je nach Aktivitätsschwerpunkten. Es ist davon auszugehen, dass – im Falle einer Standortregion in Grenznähe – die atomkraftkritischen Netzwerke aktiviert werden und die Standortsuche (kritisch) begleiten werden.

4.2 Vorerfahrungen der Akteur*innen mit vorangegangenen grenzüberschreitenden Beteiligungsprozessen

Im Hinblick auf die grenzüberschreitenden Beteiligungsprozesse in der Region konnten die Interviewpartner*innen aufgrund deren räumlicher Distanz zur Region des Innviertels wenige konkrete Beispiele geben. Erfahrungen mit Beteiligung gebe es im Zusammenhang mit dem Straßenausbauvorhaben, insbesondere in Linz, oder im Hinblick auf Flughafenausbaupläne und auch mit Widerständen gegen diese Vorhaben. Entsprechende „Großvorhaben wie Flughäfen und Autobahnen [können] eine kritische Einstellung hervorrufen“ [ID2]⁶⁶. Zudem wurde auf das oben genannte Interreg-Programm hingewiesen, im Zuge dessen verschiedene grenzüberschreitende Vorhaben realisiert werden konnten. Für die wirtschaftliche Verflechtung der Region Innviertel mit Bayern spiele insbesondere der Ausbau von Verkehrsstraßen eine wichtige Rolle [ID4]. Als ein Beispiel können die Verhandlungen des „Dialogforums Passau“ zwischen politischen Mandatsträgern sowie Interessensgruppen und Verbänden im Rahmen der Planung der Nordumfahrung mit Bogenbrücke über die Ilz und Donaubrücke bei Löwmühle/Achleiten mit Tunnel genannt werden⁶⁷.

⁶⁶ Ähnlich auch ID1.

⁶⁷ <https://www.pnp.de/lokales/stadt-und-landkreis-passau/passau-land/Nordumfahrung-BI-will-Loesung-mit-zwei-Bruecken-3219180.html>, zuletzt aufgerufen 25.10.2022

5. Erwartungen und Wünsche der Akteur*innen an grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Neben den Erfahrungen sind insbesondere die Erwartungen an das deutsche Standortauswahlverfahren und die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung in diesem Zusammenhang interessant. Auch dieses Kapitel stützt sich vornehmlich auf die Aussagen der fünf Interviewpartner*innen und erhebt daher weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch Repräsentativität. Vielmehr geht es darum, einige zentrale Aspekte herauszustellen, die ggf. für das deutsche Standortauswahlverfahren relevant sein könnten.

5.1 Erwartungen und Wünsche an den Prozess

5.1.1 Information und Transparenz – frühzeitig und breit in den Austausch treten

Zentral ist für die Interviewpartner*innen ein regelmäßiger und frühzeitiger Informationsfluss, der alle Ebenen umfasst, also von nationalen, regionalen bis hin zu lokalen Akteuren. Frühe Information, Transparenz und Beteiligung werden als Voraussetzung für Prozessfairness und ein gelungenes Verfahren generell angesehen [ID1, ID3, ID5].

„Grundsätzlich zeichnet ein gelungenes Prozedere sicher aus, dass von Anfang klar und transparent ist, worum es geht: ob man mitentscheiden kann, wo man mitentscheiden kann, wo man informiert wird, wo man mitreden kann.“ [ID3]

Unter Transparenz verstehen die Interviewpartner*innen eine absolute Offenheit, also alle Dokumente und Prozesse offenzulegen und einsehbar zu machen. Das sei unabhängig davon, ob diese Möglichkeiten der Information tatsächlich genutzt würden oder nicht.

„Wichtig ist, dass die Leute die Möglichkeit haben, die Unterlagen einzusehen. Punkt. Zu 90 Prozent nutzen sie sie ohnehin nicht. [Es sollte also in keinem Fall passieren...] Gott bewahre, etwas geheim zu halten. Wenn ein Whistleblower kommt und sagt: ‚Ja, wir haben noch was in den Schubladen, das geheim ist‘, dann ist es mit dem Vertrauen vorbei. Ende. Dann können die Behörden alles Mögliche sagen, auch wenn es stimmt, hat die Bevölkerung kein Vertrauen mehr.“ [ID1]

Von den Interviewpartner*innen besonders hervorgehoben wurde der Aspekt der Frühzeitigkeit der Information aber auch der Angebote an Beteiligung. Information und Beteiligung dürfe in keinem Fall zu spät einsetzen.

„Das Zauberwort ist ‚von Anfang an‘: Wenn man schon den Akteuren sagt: Hier in der Nähe soll ein Endlager errichtet werden, dann ist es für sie schon zu spät.“ [ID1]

Gleichzeitig müsse man eindeutig klarstellen, wann eine Beteiligung möglich ist, also schon früh im Verfahren und dass dann gewisse Aspekte auch entschieden werden, die im späteren Verlauf des Verfahrens voraussichtlich nicht mehr rückgängig gemacht werden, falls erst dann ein Interesse an Beteiligung entstehe. Dies verdeutlicht folgende Interviewsequenz anschaulich:

„Und man muss den Leuten aber auch klarmachen: Ihr müsst euch jetzt beteiligen, ihr könnt nicht in fünf Jahren kommen und sagen: jetzt bin ich aber voll dagegen. Denn dann hat ein gewisser Prozess auch schon stattgefunden.“ [ID5]

5.1.2 Beteiligung – wer und wie?

Sollte eine Standortregion in Grenznähe zu Österreich in die engere Wahl kommen, dann sollte nach Ansicht der Interviewpartner*innen in jedem Fall das angrenzende Bundesland in Österreich einbezogen werden, also beispielsweise Oberösterreich. Es könnte in einem Radius (z. B. von 20 km) um die Standortregion eine enge Einbindung über die einzurichtenden Regionalkonferenzen erfolgen [ID4]. Gleichzeitig wird aber betont, dass es auch wichtig sei, weitere Regionen, die ggf. weiter entfernt sind, einzubinden, sofern Interesse bzw. eine subjektive Betroffenheit besteht (siehe auch AP3-Fallstudie Schweizer Tiefenlager) [ID3, ID4, ID5]. Es brauche ein Konzept für die grenzüberschreitende Beteiligung, das deutlich herausstellt, welche Möglichkeiten der Beteiligung auch für ausländische Bürger*innen und Stakeholder, hier Österreich, aber auch für Akteure aus anderen Nachbarländern, bestehen und wie diese Möglichkeiten konkret ausgestaltet sind. Zudem ist die Bedeutung der Integration der Ergebnisse aus Beteiligungsformaten in die Entscheidungsprozesse hervorzuheben, wie folgende Interviewaussagen herausstellen:

„Wenn man zwar mitreden kann, aber dann wird das nur protokolliert und abgelegt und nie wieder etwas damit gemacht – das ist kein Weg.“ [ID3]

„Es müsste eine klare Auflistung geben, was damit passiert, was ich da jetzt beigetragen habe? Wohin kommt das, wer entscheidet das? Wann ist Schluss damit, und wer befindet überhaupt darüber? [...] Die Leute werden meistens beteiligt und dann versickert das Ganze. Das gehört auf jeden Fall verhindert.“ [ID5]

In Hinblick auf die beteiligten Akteure sei Transparenz wichtig, also beispielsweise offenzulegen, wie festgelegt wurde, wer sich wie beteiligen darf und Grenzen der Beteiligung auch inhaltlich zu begründen [ID4]. Es sei zudem möglich, dass nicht alle Nachbarländer Interesse an einer Beteiligung haben, einzelne Akteursgruppen dieser Nachbarländer aber schon. Daher sollten auch für diesen Fall Möglichkeiten der Beteiligung entwickelt werden [ID3].

Eine Beteiligung solle zudem schon frühzeitig – vor der UVP – erfolgen und die Einbindung verschiedener Akteursgruppen ermöglichen, also sowohl Vertreter*innen der Politik und der Verwaltung (auf verschiedenen politischen Ebenen, insbesondere grenznahe/betroffene Kommunen) als auch NGOs und Bürgerinitiativen. Es seien zudem insbesondere professionelle Stakeholder, also beispielsweise NGOs, zu berücksichtigen, die landesweit aktiv sind und über entsprechende fachliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen. Als Beispiele genannt wurden u. a. Global 2000 und das Anti-Atom-Komitee [ID1].

„Wenn es die Grenze zu Oberösterreich betrifft [...] und bevor es zu einer UVP kommt, würde ich auf jeden Fall die Gemeinden der betroffenen Region einbinden. Und auch ganz bewusst die NGOs einladen, die sich mit Atomfragen beschäftigen. In Österreich sind das alles Anti-Atom-NGOs. Ich bin überzeugt, dass ein proaktiver Zugang viel mehr bringt, als wenn man erst mit einer UVP startet.“ [ID3]

Zudem solle immer der größere Rahmen im Blick behalten und nicht zu enge Kategorien für die Beteiligung entwickelt werden, die nur einigen wenigen Akteursgruppen, räumlich stark eingegrenzt, eine Beteiligung ermögliche, wie aus der nachfolgenden Interviewsequenz deutlich wird:

„Niemand wird gern vor vollendete Tatsachen gestellt – egal ob das eine reale Gefahr ist oder nicht. Wenn man hier was investiert, funktioniert der Dialog bestimmt besser. [...] Es ist eine Empfehlung, daran zu denken, dass es nicht nur im kleinen Raum von Interesse ist, sondern auch weit darüber hinaus.“ [ID3]

Bezüglich Beteiligung wird ein Mindestmaß gefordert, das nach der Arnstein'schen Leiter (1969) die der Konsultation ist. „Dass man als österreichische Gemeinde mitentscheiden kann, wo ein deutsches Endlager hinkommt, ist illusorisch. Aber mitreden und in einen Austausch treten können, das muss möglich sein.“ [ID3]

5.1.3 Zeitliche und finanzielle Ressourcen, geeignetes Personal

Weiterhin sind finanzielle und zeitliche Ressourcen sowie Fachexpertise wichtige Themen, wenn es um Beteiligung geht. Dies treffe auch bei grenzüberschreitender Beteiligung zu. Auch hier müsse berücksichtigt werden, dass die Gemeinden im Nachbarstaat in der Regel nur über ein knappes finanzielles Budget für Information und Beteiligung verfügten, sodass insbesondere der Aspekt der Fachexpertise zumeist zu kurz käme. Hierfür und für das Übersetzen von Dokumenten und in Veranstaltungen seien Ressourcen bereitzustellen [ID3, ID4]. Es könne auch überlegt werden, inwiefern „finanzielle Ausgleiche“ auch für Bürger*innen aus grenznahen Regionen ermöglicht werden könnten, da auch diese mit sehr begrenzten zeitlichen Ressourcen ausgestattet seien und Beteiligung sehr zeitaufwändig ist [ID3].

5.2 Erwartungen an/Erfahrungen mit Ansätzen und Formaten

Hinsichtlich des Kommunikations- und Beteiligungsansatzes und verschiedener Formate gibt es eine ganze Reihe an Hinweisen aus den geführten Interviews. Diese betreffen konkret die Ausgestaltung von Kommunikationsformen, wie beispielsweise die Notwendigkeit hier unterschiedliche Kanäle zu bedienen, d.h. neben Homepages auch über die sozialen Netzwerke oder auch klassisch über amtliche Mitteilungsblätter zu informieren. Auch bezüglich Beteiligungsformen wurden konkrete Hinweise zur Ausgestaltung gegeben, so bspw. zu formellen Stellungnahmeverfahren oder der Ausgestaltung von Regionalkonferenzen.

5.2.1 Anforderungen an Information und Kommunikation sowie deren Ausgestaltung

Wie oben schon erwähnt, wünschen sie die Interviewpartner*innen eine frühzeitige und umfassende Information und Kommunikation. Ziel sollte aus deren Perspektive sein, so transparent und frühzeitig zu informieren, dass sich alle mitgenommen fühlen. Gleichzeitig sei zu bedenken, dass sich dann natürlich auch schon früh Oppositionen bilden könnten [ID5]. Es sei folglich immer die „Kunst der Kommunikation“, hier geschickt zu agieren.

„Durch welche Kanäle käme diese Information, dass dieser Standort angedacht ist, und warum ist das so? Das muss man irgendwie gescheit hinkriegen. Bei der österreichischen politischen Szene ist das schwierig. [...] man findet meistens genau das nicht, was man sucht, nämlich: Was ist das, was wird das, wie lange dauert das? Man muss sich überlegen, was die Leute eigentlich wirklich wissen wollen. Das müsste man auch so aufarbeiten, dass das auf zwei A4-Seiten zu verstehen ist und nicht auf 300.“ Es gelte zu vermeiden, dass [...] irgendwann 1.000 bis 3.000 Seiten irgendwo im Netz, auf Bundes- oder Landesebene [kommen], völlig wurscht. Das kann niemand lesen, es versteht auch keiner. Darin wird möglichst verborgen, was eventuell zu sagen sein könnte.“ [ID5]

Transparenz meint hier auch Zugänglichkeit und Auffindbarkeit. Es gehe also auch darum, dass Informationen leicht gefunden werden können und damit auch zugänglich sind. Wichtig sei zudem auf Verständlichkeit zu

achten, d. h. auch technische Details zu erläutern. Dies solle unbedingt besser gemacht werden als das häufig in den nicht-technischen Zusammenfassungen der UVP geschehen würde. Diese seien zumeist trotz des Anspruchs nicht verständlich oder gut lesbar. Wichtig sei, dass technische Aspekte und geologische Fragen dennoch vermittelt würden [ID3].

Um das Verständnis bzw. das Wissen um thematische Inhalte zu verbessern und Wissensniveaus anzugleichen (sofern das überhaupt möglich ist) könnten auch entsprechende Weiterbildungsangebote entwickelt und angeboten werden. Das werde zumeist vernachlässigt, es gebe aber einen hohen Bedarf. Weiterbildungen sollten bestenfalls von unabhängigen Expert*innen angeboten werden, welche insbesondere Grundlagenwissen vermitteln sollten. Aber auch die BGE könne Weiterbildungen anbieten, nur sei es fraglich, wie das angenommen werden würde [ID2, ID3, ID4].

„Ich könnte mir vorstellen, dass Österreicher es auch gerne hätten, dass sie Meinungen von zwei Seiten zu hören kriegen – also nicht nur von denen, die das Endlager betreiben oder die für die Aufsicht zuständig sein werden, sondern auch von unabhängiger Seite. Ob die aus Deutschland ist oder aus Österreich oder von anderswo, ist dann gar nicht so wichtig.“ [ID3]

Konkret betreffe das sowohl Begrifflichkeiten und Definitionen, also beispielsweise der Begriff des Atommülls oder der radioaktiven Abfälle, deren Entstehungsorte und Abfallmengen und was dies wiederum für potenzielle Dosiswerte bedeuten könnte, um ein Verständnis für die Problematik zu entwickeln [ID4_AU]. Hier brauche es auch eine Visualisierung in der Kommunikation, und zwar nicht nur von Personen oder Expert*innen, um bspw. Vertrauen zu schaffen, sondern konkret auf die Sache bezogen, die Inhalte, auch um Dimensionen besser verstehen zu können. Hierzu sollten in Abbildungen Vergleichsobjekte einbezogen werden, deren Größe man kennt, bspw. wie in folgender Interviewaussage beschrieben:

„Ein Beispiel: [...] Kühltürme von Kernkraftwerken sind weithin sichtbar. Aber um so richtig die Dimension zu erfassen, war für mich das Bild, als dort ein Reisebus komfortabel direkt unter diesen Streben der Kühlturmfüße gestanden hat. In dem Fall ist es eher abschreckend. Aber umgekehrt ist es auch so: Dann kommt es einem größer vor als es tatsächlich ist. Und ich glaube, man muss mit Bildern zeigen, wo man ungefähr ist.“ [ID4]

Hier müsse man manchmal auch vom Anspruch wegkommen, immer fachlich ganz korrekte Erläuterungen zu geben, sondern Mut zum Vereinfachen und Veranschaulichen haben.

„Man muss sich reinfühlen und schauen, was wichtig ist. Und ein bisschen vom Anspruch abkommen, dass man immer vollkommen fachlich korrekt agieren muss. Manches ist sehr viel komplizierter, und wenn ich es vereinfache, ist es aus physikalischer Sicht vielleicht nicht mehr ganz korrekt. Aber trotzdem trifft es noch den Sinn. [...] natürlich besteht die Gefahr, dass die Information dort geholt wird, wo sie vermeintlich richtig und einfach präsentiert wird. Dann ist sie aber nicht korrekt.“ [ID4]

Größte Herausforderung für Information aber auch für Weiterbildungsangebote sei, Fachkräfte zu finden, die genau diesen Spagat zwischen fachlich fundiertem Wissen und allgemein verständlich anschaulichem Erklären darstellen und bewältigen.

„Veranstaltungen, indem einfach mal die Technik erklärt [wird]: Wie ist das mit der Strahlung? Wie weit reicht die? Und das demonstriert er mit einer Taschenlampe: Wenn jetzt da der Mobilfunkmast steht und dort oben ist die Spitze, dann ist dies der Strahlungskegel. Und das bleibt dann so ein bisschen in den Bildern, und ich glaube, das Wichtigste ist, Leute zu finden, die sowas können.“ [ID4]

Zudem sei darauf zu achten, dass auch verschiedene Informationskanäle genutzt würden. In Österreich sei beispielsweise das Posten auf Websites eher kein geeignetes Medium, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Hierfür brauche es weitere Kanäle, beispielsweise soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram, für welche Zuständigkeiten vergeben werden sollten an Personen, die dies auch professionell in den jeweiligen „Communities“ unterbringen können, d. h. in Sprache und Stil passend. Es sei keine „Holschuld, sich zu informieren“, sondern man müsse informiert werden [ID2, ID3, ID4].

„Es wäre aber ein ganz gefährliches Momentum, wenn die Gemeinde erst vom Land oder vom Bund erfährt, --- dass irgendwas läuft. Ich glaube, da wäre schon so eine Grenze des Respekts überschritten. Das müsste also wahnsinnig offensiv als Bringschuld des Betreibers und vom Projekt angeboten werden. [...] Ein offensives Informieren von unten. Nicht, dass die Bundesbehörde der Landesbehörde den Auftrag gibt, die Gemeinden zu informieren, sondern umgekehrt.“ [ID2]

In der Kommunikation seien zudem Ungewissheiten zu vermitteln. Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, dass alles bekannt sei. In den folgenden zwei Interviewaussagen werden diese Aspekte anschaulich dargestellt:

„Wo gibt es Unsicherheiten, die man vielleicht nie lösen kann, weil man sie nicht kennt? Wo gibt es Unsicherheiten, die man vielleicht mit der Zeit lösen kann, und wie erfährt man davon? Wo gibt es Wissenslücken? Darüber muss man ganz offen kommunizieren. Das ist oft eine Fehlstelle in Verfahren: dass sie so tun, als ob alles klar wäre, und das bei so langen Zeiträumen.“ [ID3]

„Was immer extrem schlecht ankommt, ist diese Allwissenheit, dieses präpotente ‚Nein, das ist ganz anders, das ist ganz ungefährlich.‘ Diese Abwesenheit an Selbstzweifeln. Wer sich selber nicht falsifizieren kann, ist per se ein bisschen unglaublich. Das betrifft auch andere politische Maßnahmen, die wir in den letzten zweieinhalb Jahren zur Genüge hatten. Wenn endlich mal einer sagen würde: ‚Ich weiß es nicht, aber ich glaube, das ist die beste Möglichkeit.‘ Nicht hergehen und sagen: ‚Wir müssen, weil dann sind wir gerettet.‘ Wir hatten solche Situationen hundert- und tausendfach, dass jemand herkommt und sagt: ‚Das ist der Weisheit letzter Schluss.‘“ [ID2]

Zu Risikokommunikation gibt es zahlreiche Veröffentlichungen aus verschiedenen Themenfeldern und Disziplinen (vgl. z. B. Knoblauch et al. 2017; Merkelsen 2011; Renn und Schweizer 2009). Diese betonen die Bedeutung, Risiken zu kommunizieren und weisen auf mögliche Fallstricke hin. Zudem sei wichtig auch über das Standortauswahlverfahren hinaus Kommunikation und Information wie auch Beteiligung vorzusehen. Dies sei insbesondere auch für den Einbezug österreichischer Akteure im Falle eines grenznahen Standortes wichtig. In diesem Zusammenhang spielten die Themen Monitoring und Rückholbarkeit eine besondere Rolle. Es könne Vertrauen aufgebaut werden, indem Konzepte für die langfristige Zukunft erstellt werden würden.

„Also, dass nicht der Standort beschlossen und zugemacht wird, und das ist das Ende der österreichischen Beteiligung und Information. Das wäre nicht gut. Ganz im Gegenteil: Man sollte klar darlegen, wie weiter informiert und wie die Bevölkerung rundherum eingebunden wird. [...] Das würde mehr Vertrauen schaffen, wenn man sieht: Die meinen das ernst, die überlegen sich auch, was in 1.000 Jahren ist. Und wenn was passiert, was ist dann? Und wie werden die nachfolgenden Generationen informiert?“ [ID3]

Insgesamt sei für das Verfahren das Narrativ ‚gemeinsam eine Lösung entwickeln‘ wichtig und dass es nicht darum gehe, dass mit dem Finden eines Standorts, der Genehmigung und dem Bau sowie der Einlagerung alles besser werden würde, sondern dass die gemeinsame Lösungsfindung im Fokus stehe.

„Dieses Eingeständnis, dass nicht alles gut und schön und besser wird, sondern dass man irgendwie zu einer gemeinsamen Lösung kommen muss.“ [ID2]

5.2.2 Anforderungen an formelle Beteiligungsformen und deren Ausgestaltung

Bezugnehmend auf bestehende formelle Beteiligungsformen der grenzüberschreitenden Beteiligung sowie der im deutschen Standortauswahlverfahren vorgesehenen Formen der Beteiligung gibt es einige Gestaltungshinweise als auch Anforderungen, die von den Interviewpartner*innen genannt wurden. Hierzu ist erstens zu nennen, dass die Entscheidung darüber, welche Form passend sei, also bspw. online, hybrid, in Präsenz oder Informationsveranstaltung, Seminar mit Weiterbildungscharakter oder Workshop zur gemeinsamen Erarbeitung von Fragestellungen/Konzepten etc. sehr von der Zielstellung als auch von den zu beteiligenden Akteursgruppen und deren Erwartungen abhängig sei, wobei die Interviewpartner*innen Präsenzveranstaltungen den Vorzug geben. Formelle Dialogveranstaltungen, wie Erörterungstermine sollten grundsätzlich vor Ort (z. B. im Rahmen der UVP in Österreich) stattfinden. In jedem Fall würden Online-Veranstaltungen nie die persönliche Begegnung ersetzen können, weshalb das Gespräch vor Ort zu suchen sei. Als ein gutes Beispiel für Mitsprache wird eine kommunalpolitische Kreissitzung im Schweizer Sachplanverfahren angeführt [ID2].

„In die betroffenen Gemeinden zu gehen und dort das Gespräch zu suchen ist unersetzlich, glaube ich. [...] Wie viele das [Angebot der Teilnahme an Regionalkonferenzen] nutzen werden, weiß ich nicht. Aber ich glaube, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, ist schon mal gut.“ [ID3]

Wenn möglich sollten in den einzurichtenden Gremien in den noch auszuwählenden Standortregionen auch Akteursgruppen aus den Nachbarländern einbezogen werden. Dies könne sowohl in Form eines Beobachterstatus sein als auch weitergehende Beteiligungsmöglichkeiten umfassen [ID1], wobei hier die Meinungen der Interviewpartner*innen auseinandergehen. Teils wird es so eingeschätzt, dass bisherige Konventionen zu grenzüberschreitenden Beteiligungsmöglichkeiten ausreichend seien und lediglich das Wissensniveau angeglichen werden sollte [ID1] bis dahin, dass Beteiligungsmöglichkeiten zwischen deutschen und ausländischen „für alle gleich gemacht werden“ müssten, „Da darf es keinen Unterschied geben.“ [ID5]. [ID5] fügt hinzu, dass wenn „auf der deutschen Seite der Grenze in der betroffenen Region eine Regionalkonferenz läuft, sollten die österreichischen Bürger*innen gleichbehandelt werden“. Hier wird, so die Auffassung der Forschenden, bereits die „gleichwertige Berücksichtigung“ gem. § 10 Abs. 2 S. 2 StandAG adressiert, die eine entsprechende Berücksichtigung der Interessen der ausländischen Bürger*innen in der Regionalkonferenz vorsehen (vgl. dazu auch Sperfeld et al. 2021). Daran knüpft auch das geäußerte Erwartungsmanagement, also wann und zu was, wie wird beteiligt und wie fließen Ergebnisse in Konzepte oder Entscheidungen ein [ID3, ID5]. Zum Umgang mit Vetos gibt es unterschiedliche Meinungen zwischen den Interviewpartner*innen, von „muss berücksichtigt werden“ bis hin zu „sollte ausgehandelt werden“, wie folgende zwei Interviewsequenzen verdeutlichen:

„Wenn es ein Nein von der Bevölkerung gibt, wie wir es in Tschechien aus den Gemeindereferenden haben, dass das auch respektiert wird; dass eine absolute Ablehnung auch ohne nähere Gründe eine gewisse Relevanz haben muss. [...] [Es darf] keine politische, sondern [muss] eine wissenschaftsbasierte Entscheidung [sein]. Und man sollte die Ablehnungshaltungen respektieren, auch wenn die nicht immer begründet werden. Ja. Auch wenn die nicht besonders konstruktiv erscheinen.“ [ID2]

„Natürlich kann man was anbieten, z. B. eine Mitaufsicht, Überwachung oder unabhängige Kontrolle. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man sagt: Der Standort XY ist ungeeignet, da die Nachbarn ihr Veto eingereicht haben.“ [ID1]

Konkrete Ausgestaltungshinweise für Vor-Ort-Termine wie bspw. ein Erörterungstermin werden in folgender Interviewsequenz gegeben:

„Erstens muss es vor Ort stattfinden. Nicht, dass man da megaweit anreisen muss. Es sollte zweitens so sein, dass die Leute teilnehmen können, das heißt, es müsste am frühen Abend starten und wenn man will, dass viele Leute teilnehmen, sollte man auch grundsätzlich sowas wie Kinderbetreuung anbieten. [...] Viele neigen dazu, dass sie mit Präsentationen einsteigen. Ein, zwei Stunden, und dann gibt es Zeit für ein paar Fragen. Man muss einen Input geben, das stimmt schon. [Es sollte aber] wenige Präsentationen [und] viel Raum für Dialog [geben]. [Und] eine gute Technik, dass man das auch bis in die letzte Reihe versteht.“ [ID3]

Hervorgehoben wird mehrfach die Bedeutung der räumlichen Nähe, wie das Beispiel folgender Interviewsequenz zeigt:

„Ich glaube, wichtig wäre, dass die Ortswahl schon so stattfindet, dass diese Erörterungstermine nahe beim betroffenen Gebiet stattfinden sollten. Natürlich wird der Erörterungsort oft weiter weg gewählt, weil das die Sache einfacher macht, denn dann nehmen viele Personen nicht teil, die sonst vielleicht teilnehmen würden. Ich glaube aber, dass gerade jene Personen, [...] die zwar vielleicht dagegen sind, aber nicht so emotionalisiert sind, vielleicht sogar eine positive Wirkung auf den Prozess haben könnten. Ich glaube nicht, dass es nur positiv ist, wenn man versucht, möglichst wenige Personen zu erreichen oder aufgrund der Wahl des Ortes möglichst viele auszuschließen.“ [ID4]

Allerdings wird die UVP von den Interviewpartner*innen als formelle Beteiligungsform insofern in Frage gestellt, als dass Beteiligung hier nur in einer sehr begrenzten Form möglich sei und diese nach deren Ansicht zu spät im Verfahren komme. Der Zeitpunkt, der Ort und das Thema (z. B. steht Standort schon fest, oder werden Alternativen diskutiert?) der UVP seien entscheidend.

Zeit wird als ein entscheidender Faktor für eine gelungene Beteiligung genannt, und zwar sowohl Zeit für das Sichten, Lesen und Kommentieren von Dokumenten (hierbei seien auch Ferienzeiten und Feiertage zu berücksichtigen, wie auch angemessene Fristsetzungen vorzunehmen) als auch für die Diskussion, Erörterung und gemeinsames Bearbeiten von Konzepten und Fragestellungen [ID2, ID5].

„Angemessene Zeitabläufe, die nicht immer das ausnutzen, was das Minimum ist. Möglicherweise sogar längere Fristen setzen. Was immer extrem schlecht ankommt, ist, wenn die Bekanntmachung zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindet, sage ich mal ganz platt. Das haben die Leute schon längst durchschaut. Oder Anfang der Ferien. Das kommt ganz schlecht an.“ [ID2]

5.3 Erwartungen/Bedenken hinsichtlich der Wirkungen

Hinsichtlich möglicher Wirkungen eines Endlagers reicht die Spanne von Minimierung von potenziell negativen Wirkungen (auf Umwelt, Wirtschaft etc.) bis hin zu positiven Wirkungen für die grenznah betroffene Region aber auch für Österreich insgesamt (z. B. Mehrwert durch Möglichkeit der Einlagerung schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus Österreich). Wichtig sei, dass bedacht werde, dass Österreich generell eine sehr Kernkraft- und Atommüll-kritische Haltung habe und dass hier auch die Bilder im Zusammenhang mit der Asse

Il noch sehr präsent seien, selbst wenn das nicht vergleichbar sei. Grundsätzlich werde die Tiefenlagerung als Option zur Entsorgung radioaktiver Abfälle kritisch gesehen, wie nachfolgende Interviewsequenz verdeutlicht: „Es gibt eine extrem hohe Skepsis grundsätzlich gegenüber den Ausprägungen der Endlageroptionen. [...] Bei uns ist es eher so, dass wir sagen: lieber eine oberflächennahe Lagerung. Die Tiefenlager sind eher verpönt. [...] Tiefenlager sind [zwar] im Moment die favorisierten Modelle. Aber da wird es eine große Skepsis geben, weil darin etwas Endgültiges liegt. Selbst wenn es irgendwann mal eine bessere Lösung geben sollte – woran ich nicht wirklich glaube – , dann kann man das nicht mehr rückgängig machen. Das hat etwas Bedrohliches [...]“ [ID2]

Als wichtige Themen genannt wurden mögliche Umweltrisiken in Bezug auf Grundwasser/Wasserwegsamkeiten, Luftverschmutzung durch beispielsweise Brände oder das Risiko des Austritts von Radioaktivität bei der Konditionierung der Abfälle, also dem Umverpacken der Abfälle von Transport- in Einlagerungsbehälter. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die landwirtschaftlichen Akteure sensibel.

„Die Landwirte haben Angst. Sie kümmern sich um die Landschaft und den Boden, weshalb sie so sensibel auf Verschmutzungen jeglicher Art reagieren, etwa wie es nach Tschernobyl war. [...] Deswegen wollen sie alles unternehmen, um solche Risiken zu minimieren oder eher ganz zu vermeiden.“ [ID1]

Ein weiterer Aspekt für die Betroffenheit sei die Entfernung zur Grenze, hier äußerten die Interviewpartner*innen, dass es einen erheblichen Unterschied machen könne, ob ein Endlager in 20 oder 50 km Entfernung liege. Das Empfinden von Grenznähe und Betroffenheit sei aber unterschiedlich, weshalb Radien immer auch Schwierigkeiten mit sich bringen. Direkte Betroffenheit durch die Oberflächenanlagen durch Sichtbarkeit, Transportaufkommen, mögliche Risiken etc. sehen die Interviewpartner*innen ab einer Distanz von ca. 40-50 km Entfernung zur Grenze jedoch eher nicht. Wenn es aber ein Standort in Grenznähe sein sollte, also bspw. in einer Entfernung zwischen 10 und 30 km, dann seien die Themen Monitoring, Sicherstellung und Ablauf des Prozesses der Rückholbarkeit zentral. Folgende Aussagen verdeutlichen die Diskussion um Distanz zur Grenze und mögliche Betroffenheiten:

„In Österreich gibt es unterschiedliche Auffassungen, warum man grenznah dagegen sein sollte. Grenznah heißt ja nicht unbedingt, dass es Auswirkungen haben kann.“ [ID3]

„Also in Österreich gibt es so eine Faustregel: 30 km von der Grenze sollte keine Radioaktivität stattfinden. Ich weiß nicht, warum das 30 km sind, das mag historisch begründet sein. (Weit genug.) Sie meinen, das ist weit genug. (Ja.) Der nächstgelegene potenzielle Standort ist 57 km von der Grenze entfernt, also eigentlich weit genug. Aber das bringt ohnehin nichts.“ [ID1]

„Aber sagen wir mal, ab 40, 50 km Entfernung spielen die oberirdischen Einflüsse schon eine geringere Rolle.“ [ID5]

Besonders problematisch sei hierbei aber die Frage danach, wo die Abfälle umverpackt würden. Geschehe das nicht in Grenznähe, dann sei die Wahrnehmung der Risiken und damit die Betroffenheit eine andere (eine geringere).

„Diese Einlagerung [läuft] ja auch über Jahre hinweg. Und da ist die Frage, ob es dort auch noch eine Umlagerung gibt. Was passiert mit kaputten Fässern? Werden die woanders noch neu konditioniert, verpackt, aufbereitet und fix und fertig angeliefert? Oder geschieht das am Standort selber, was bei den tschechischen Plänen der Fall ist und aus technischen Gründen auch notwendig ist. Ob die alten Fässer angeliefert und dort

auch noch zerlegt werden, wird es ein massives Problem geben, denn dabei gibt es ständig die Gefahr der Kontamination. [...] Wenn es aber heißt: Das ist ein Endlager, wo die Fässer fix und fertig angeliefert werden, ist das Problem geringer, das kann man schon sagen. Und das werden die Leute auch kapieren.“ [ID5]

Weiterhin wurde ein möglicher Nutzen eines Endlagers in Grenznähe diskutiert. Neben den Risiken auch einen Mehrwert im Sinne eines „Mitnutzens“ aus einem solchen Vorhaben zu ziehen, sei sehr wichtig für die Region und für Österreich.

„Was wir nicht oder nur wenig angesprochen haben: den Nutzen eines deutschen Endlagers für die österreichische Bevölkerung. Gibt es einen? Wenn ja, wie zeigt der sich? Daran hängt sehr viel. Es ist etwas Bedrohliches. [...] Das [gemeint ist: die Nutzung des Endlagers auch für schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus Österreich] wäre natürlich ein Nutzen. Und dann könntest du viel mehr Beteiligung aus Österreich bekommen. Egal in welche Richtung. Aber gut, wie gesagt: Das Thema des Nutzens ist wichtig.“ [ID3]

6. Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für grenzüberschreitende Öffentlichkeitbeteiligung und das Standortauswahlverfahren

Ziel dieses Kapitels ist, die in den vorherigen Kapiteln gesammelten Informationen und Erfahrungen sowie Wünsche und Anforderungen in Bezug auf die grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im deutschen Standortauswahlverfahren zusammenfassend darzustellen und Schlussfolgerungen für das Standortauswahlverfahren zu ziehen.

6.1 Dimension: Kontext

Herausfordernd bezüglich des Kontextes in Österreich ist die große Erfahrung und das Engagement vieler Bürger*innen in atomkraftkritischen Organisationen, die sich auch in der Politik Österreichs in Bezug auf Vorhaben in dessen Nachbarländern (z. B. Tschechien) deutlich widerspiegelt. Grundsätzlich lehnt Österreich Kernkraft ab. Folglich ist mit einem großen Mobilisierungspotenzial zu rechnen, sofern es eine potenzielle Standortregion in der Nähe zu Österreich geben sollte.

„Die erste Reaktion ist immer einfach Ablehnung. Jegliche Projekte, die mit Strahlung, mit Radioaktivität zu tun haben, sind sofort abzulehnen. Wenn man weiterbohrt, kann man diskutieren, je nachdem. Aber die erste Reaktion ist immer Ablehnung. Ausnahmslos.“ [ID1]

Wichtige Akteure sind hier neben den atomkraftkritischen NGOs, lokal/regional als auch überregional, insbesondere die kommunalen Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung und die landwirtschaftlichen Akteure.

6.2 Dimension: Prozess

Hinsichtlich des Prozesses der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung spielt insbesondere frühzeitige Information auf allen Ebenen, besonders aber auf der lokalen und regionalen Ebene, eine

bedeutende Rolle. Transparenz ist hierbei ein wichtiges Stichwort. Korrelierend zu Erkenntnissen der Partizipationsforschung generell zu Transparenz, Offenheit sowie Information und Kommunikation sollten sowohl detaillierte Fachinformationen und -dokumente als auch anschauliche und allgemeinverständliche Infomaterialien zugänglich sein und leicht auffindbar zur Verfügung stehen. Daneben haben Weiterbildungsangebote und Informationsveranstaltungen als auch insgesamt eine hohe Präsenz in den Medien über verschiedene Kanäle eine hohe Bedeutung.

Wichtig ist in einem „grenzüberschreitende[n] Verfahren, wenn es gut geführt wird, dass man sagt: Man nutzt es dazu, dass Österreich oder die österreichischen Bürger*innen sehen, dass das der sicherste Standort ist, auch für Österreich. Wenn man das vermitteln kann, ist vielleicht etwas gewonnen.“ [ID3]

Der Fokus sollte darauf liegen, frühzeitig über die verschiedensten Kanäle zu informieren und Akteure gezielt einzubinden, ohne dass Akteure oder Akteursgruppen bewusst/unbewusst ausgeschlossen werden.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach den zeitlichen und finanziellen Ressourcen der beteiligten Akteure, die stark variieren können. Hier gibt es in der Regel eine Lücke zwischen den beruflich involvierten Akteursgruppen und der nicht organisierten, aber interessierten Öffentlichkeit. Diese Lücke bezieht sich nicht nur auf die Disparitäten bezüglich des Vorwissens und der Vorerfahrungen zum Thema, sondern auch explizit auf die zeitlichen und finanziellen Ressourcen (vgl. z. B. Geißel 2012; Linden 2016; Themann et al. 2021).

6.3 Dimension: Ansatz und Formate

Bezüglich der Ausgestaltung von Kommunikations- und Beteiligungsansätzen und -formen ist zu beachten, dass es vor allem um die Haltung geht, mit welcher der Prozess ausgestaltet wird. Das Verfahren sollte so ausgestaltet sein, dass möglichst viele Akteure und Akteursgruppen mitgenommen werden, Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligung von Vorneherein offengelegt, Argumente und Alternativen vorgebracht und diskutiert und die Ergebnisse auch transparent in Konzepte und Entscheidungen integriert werden. Für dialogische Formen der Beteiligung eignen sich besonders Präsenzveranstaltungen in räumlicher Nähe zur potenziell betroffenen Region, um Beteiligung durch kurze Anreisewege auch zu ermöglichen. Herausfordernd ist immer die Adressierung von Ungewissheiten und Risiken. Hier verweist die Risikoforschung darauf, dass diese offen zu kommunizieren und Expert*innendissense darzulegen sind, möglichst unter Berücksichtigung einer Vielfalt an Perspektiven und wenn möglich nicht mit Hilfe von quantitativen Angaben, da dies als Widerspruch gesehen werden könnte (vgl. z. B. Knoblauch et al. 2017; Knoblauch und Trutnevyte 2018).

„Die Leute sollten die Möglichkeit – ich betone: die Möglichkeit – haben, an verschiedenen Erörterungsterminen [und auch an den Regionalkonferenzen, hierzu könnten ad-hoc-Gruppen gebildet werden] teilzunehmen. Das bedeutet nicht, dass sie tatsächlich kommen.“ [ID1]

6.4 Dimension: Wirkungen

Mögliche Wirkungen eines Endlagers auf die Umwelt oder die wirtschaftliche Entwicklung (etc.) sind im Vorfeld nicht vollständig abzuschätzen. Sollte in Phase II des deutschen Standortauswahlverfahrens eine

Standortregion in der Nähe zu Österreich untersucht werden, so sind insbesondere die inhaltlichen Themen Wasserwegsamkeiten, Monitoring und Rückholbarkeit wichtig.

„In Deutschland wird das [die geologischen Daten] schon wieder halb geheim gehalten, weil es teilweise schon wieder jemand Privatem gehört. Das ist kein eleganter Einstieg und wird sich als extrem problematisch herausstellen – und zwar nicht, weil alle genau wissen wollen, welche Porosität alles hat, sondern am Ende wird es um --- beim Sicherheitsnachweis der Geologie wird es ganz stark um Wasser gehen. Es wird um diese Wasserwegigkeiten gehen, um den Verlauf des Grundwassers. Wenn es dazu keine gescheiterten Daten gibt bzw. nur halbe bzw. frei nach dem Motto „Das ist so“, dann wird das schon sehr schwierig werden. Und dieser Punkt ist der relevanteste bei einem Endlager, wo man nicht direkt wohnt.“ [ID5]

Zudem ist von Bedeutung, wie das konkrete Endlagerkonzept inklusive der Oberflächenanlagen am Standort (z. B. mit oder ohne Konditionierungsanlage) ausgestaltet werden soll sowie die Entfernung zur Grenze. In Bezug zu möglichen Wirkungen ist ein frühzeitiger Dialog wichtig, in welchen die Akteure der Nachbarländer gleichwertig einbezogen werden, um Vertrauen aufzubauen. Dabei wird ein Akzent auf die langfristige Sicherheit auch für zukünftige Generationen sowie auf die Beteiligung über das Standortauswahlverfahren hinaus gelegt: „Also nicht nur die Beteiligung bei der Standortauswahl sehen, das wäre auch zu wenig.“ [ID3] Erst dann könne das Vertrauen geschaffen werden: „[...] wenn man sieht: Die meinen das ernst, die überlegen sich auch, was in 1.000 Jahren ist.“ [ID3] Hierfür braucht es die geeigneten Akteure mit entsprechendem Ansehen und Netzwerken, wie auch die Bereitschaft, Ressourcen (Zeit, Personal, finanzielle Mittel) bereitzustellen und Konzepte für Beteiligung und Kommunikation wie auch Governance-Fragen insgesamt für längere Zeiträume als nur bezogen auf das Standortauswahlverfahren zu entwickeln (vgl. z. B. Mbah und Kuppler 2021; Kuppler und Hocke 2018).

8. Fazit

Die Regionalstudie zu Oberösterreich zeigt sehr deutlich auf, wie kritisch die österreichische Bevölkerung generell im Themenfeld Kernenergie und Nuklearabfälle eingestellt ist. Diese kritische Haltung wird zudem auf nationaler (und lokaler) Ebene mit Ressourcen untermstützt, die sich sowohl in einer Institutionalisierung als auch in der Gründung und Unterstützung vieler Initiativen und NGOs niederschlagen. Oberösterreich weist eine sehr vitale Zivilgesellschaft im Themenspektrum Umwelt- und Klimaschutz, Antiatomkraft und Endlagerung radioaktiver Abfälle auf. Auch weitere Verbände und Initiativen, die lokal verortet bzw. einen Bezug zur Natur- und Kulturlandschaft haben, sind in der eher ländlich und stark vom Tourismus geprägten Region wichtige Akteur*innen, die den Erhalt und Schutz der Natur- und Kulturlandschaft als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage zum Ziel haben. Politisch werden die Initiativen durch die staatliche Entscheidung gegen die Kernkraftnutzung und die Gründung der Anti-Atomkraft-Initiative, vertreten durch die/den Antiatombeauftragte*n, gestützt und können auf eine langjährige überwiegend kooperative Zusammenarbeit zurückblicken.

Es zeigt sich auch, wie gut vernetzt die oberösterreichischen Akteur*innen sowohl innerhalb von Österreich als auch international sind, insbesondere auf der EU-Ebene. Zwei Kontextfaktoren zeigen die hohe Sensibilität in der Region für das deutsche Standortauswahlverfahren: Erstens verweist die historisch gewachsene enge Verflechtung zu Bayern und den dort schon laufenden Aktivitäten beziehungsweise auf das deutsche Standortauswahlverfahren auf das vorhandene Mobilisierungspotenzial. Zweitens befördern generell das aktuell hohe Engagement oberösterreichischer wie gesamtösterreichischer Initiativen in Bezug auf die laufenden Verfahren in Tschechien diese Sensibilität und auch das Mobilisierungspotenzial.

Herausforderungen und Erfolgsfaktoren sind Transparenz und Zugänglichkeit hinsichtlich verfahrensrelevanter Dokumente, kombiniert mit wichtigen Elementen wie frühzeitiger und zielgruppenspezifischer Information auf verschiedenen Ebenen. Hier ist davon auszugehen, soweit das aus den nur fünf Interviews verallgemeinert werden kann, dass das Interesse von Akteur*innen bzw. Akteursgruppen aus Österreich groß sein wird. Diese Annahme wird auch gestützt durch die Erkenntnisse aus der Medienresonanzanalyse und dem Desk Research sowie eigener Expertise. Hier gilt es die unterschiedlichen Akteur*innen einzubeziehen und auf eine gleichwertige Berücksichtigung zu achten.

9. Literaturverzeichnis

- Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: *Journal of the American Institute of Planners* 35 (4), S. 216–224.
- Forstner, C. (2020): The Failure of Nuclear Energy in Austria: Austria's Nuclear Energy Programmes in Historical Perspective. Kirchhof, A. M. (Hg.): *Pathways into and out of Nuclear Power in Western Europe*. München: Deutsches Museum Verlag, S. 36–73.
- Geißel, B. (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 38–39.
- Knoblauch, T. A.; Stauffacher, M.; Trutnevyte, E. (2017): Communicating low-probability high-consequence risk, uncertainty and expert confidence: Induced seismicity of deep geothermal energy and shale gas. In: ETH Zürich Research Collection. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.3929/ethz-b-000181351>, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022.
- Knoblauch, T. A.; Trutnevyte, E. (2018): Siting enhanced geothermal systems (EGS), Heat benefits versus induced seismicity risks from an investor and societal perspective. *Energy* (164), 1311–1325. DOI: 10.1016/j.energy.2018.04.129.
- Konrad, W.; Espluga, J. (2018): Comparative cross-country analysis on preliminary identification of key factors underlying public perception and societal engagement with nuclear developments in different national contexts: Deliverable D4.2 (update) of EU Project 662268 "HoNESt". Stuttgart, Barcelona. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68598-8>, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022.
- Kuppler, S.; Hocke, P. (2018): The role of long-term planning in nuclear waste governance. *Journal of Risk Research* 22 (11), 1343–1356. DOI: 10.1080/13669877.2018.1459791.
- Land Oberösterreich (2022): Anti-Atomplan des Landes Oberösterreich. Land Oberösterreich, A. U.: Linz. Online verfügbar unter https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20UWD%20Abt_US/Antiatom-Plan_des_Landes_OOE_Gesamt.pdf, zuletzt aufgerufen am 28.10.2022.
- Land Oberösterreich, A. S. (Hg.) (2011): *Leben in Oberösterreich, Ergebnisse der Registerzählung 2011 in Oberösterreich*. Eine Publikation der Abteilung Statistik beim Land OÖ. Online verfügbar unter https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20PraesD%20Abt_Stat/Leben_in_Oberoesterreich_Altersstruktur.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022.
- Linden, M. (2016): Beziehungsgleichheit als Anspruch und Problem politischer Partizipation. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (26), 173–195.
- Mayring, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Mbah, M.; Kuppler, S. (2021): Raumsensible Long-term Governance zur Bewältigung komplexer Langzeitaufgaben, Anforderungen im deutschen Entsorgungskontext. In: Brohmann, B.; Brunnengräber, A.; Hocke, P. und Isidoro Losada, A. M. (Hg.): *Robuste Langzeit-Governance bei der Endlagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen*. Bielefeld: Transcript, S. 413–446.

- Merkelsen, H. (2011): Risk communication and citizen engagement: what to expect from dialogue. *Journal of Risk Research* 14 (5), 631–645. DOI: 10.1080/13669877.2011.553731.
- Meyer, M. (2018): Einstellungen zur Kernenergie im internationalen Vergleich: Politisierungsniveaus, gegenstandsspezifische Salienz und nukleare Zwischenfälle. Bamberg: University of Bamberg Press.
- Rädiker, S.; Kuckartz, U. (2019): Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video. Wiesbaden: SpringerVS.
- Renn, O.; Schweizer, P.-J. (2009): Inclusive Risk Governance: Concepts and Application to Environmental Policy Making. *Environmental Policy and Governance* (19), 174–185. DOI:10.1002/eet.507.
- Rueß, A. K.: An Exploration of Critical Junctures for Public Participation in Multinational Final Nuclear Waste Disposal. Online verfügbar unter [https://skemman.is/bitstream/1946/31400/1/Rueß 2018.pdf](https://skemman.is/bitstream/1946/31400/1/Rueß%202018.pdf), zuletzt aufgerufen am 26.10.2022.
- Sperfeld, F.; Franke, J.; Habigt, L.; Pauleweit, K.; Zschiesche, M.; Schütte, S.; Dieroff, J.; Mbah, M. (2021): Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren (HERüber), Zwischenbericht zum Arbeitspaket 2: Herausforderungen und Rahmenbedingungen. Berlin: Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (unveröffentlichter Zwischenbericht).
- Themann, D.; Di Nucci, R.; Brunnengräber, A. (2021): Alles falsch gemacht? Machtasymmetrien in der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Standortsuche für ein Endlager. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft (FJSB)* 34 (1). Online verfügbar unter <https://forschungsjournal.de/fjsb-plus/themann-di-nucci-brunnengraeber-alles-falsch-gemacht/>, zuletzt aufgerufen am 26.10.2022.

